



FDP | 05.02.2013 - 01:00

Für Sie durchgesetzt



Der Grundfreibetrag steigt, Arbeitnehmer und Arbeitgeber profitieren von einem einfacheren Reisekostenrecht und auch das Unternehmersteuerrecht wird verbessert. Das sind nur ein paar der Initiativen, zu denen der Bundesrat seine Zustimmung gegeben hat. Auch im Bundestag haben die Liberalen einiges durchsetzen können: Das Ehrenamt wurde gestärkt, das Sorgerecht wurde neu geregelt und die Möglichkeiten zur Krebsfrüherkennung verbessert. Finden Sie hier eine Auswahl.

Patienten erhalten mehr Rechte

Der Bundesrat hat grünes Licht für das [Patientenrechtegesetz](#) [1] der schwarz-gelben Koalition gegeben. "Wir wollen, dass Patient und Arzt sich auf Augenhöhe gegenüber treten", sagte Gesundheitsminister Daniel Bahr. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger erklärte, es gelte vor allem, die Patientenrechte greifbar zu machen.

Kindeswohl im Mittelpunkt

Unverheiratete Väter können künftig das volle [Sorgerecht für ihre Kinder](#) [2] ausüben, wenn es dem Kindeswohl nicht widerspricht. „Endlich gelingt es jetzt, dem Vater eine bessere Stellung zu geben, damit auch er das Sorgerecht mit oder allein ausüben kann“, sagte Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

Krebsregister beschlossen

Der Bundestag hat das Gesetz zur Einrichtung eines [nationalen Krebsregisters](#) [3] und zur Verbesserung der Krebsfrüherkennung verabschiedet. Dies ist Teil des Krebsplans von Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP). "Das ist ein starkes Signal, dass die Politik dem Krebs den Kampf ansagt", erklärte der Minister.

Kita-Ausbau

Damit der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren doch noch umgesetzt werden kann, gibt es für den Kita-Ausbau 580 Millionen Euro mehr. Das reicht für etwa 30 000 zusätzliche Betreuungsplätze. Das Geld kommt vom Bund, die Länder versprochen dafür im Gegenzug ihre Zustimmung zum EU-Fiskalpakt.

Neues Gesetz stärkt Ehrenamt

Der Bundestag hat das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes verabschiedet. Neben steuerrechtlichen Erleichterungen sollen Vereine künftig leichter Geld ansparen können, Haftungsrisiken werden klar definiert und Bürokratie abgebaut. „Damit das Ehrenamt auch in Zukunft eine starke Säule unserer Gesellschaft bleibt“, werde die Tätigkeit von über 23 Millionen engagierten Menschen konkret erleichtert, erklärte die FDP-Kommunalpolitik-Expertin, Birgit Reinemund.

Grünes Licht für wichtige Änderungen im Steuerrecht

Der Bundesrat hat am Freitag den Weg für wichtige Steuerrechtsänderungen frei gemacht. Dazu gehört die Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrages. Der Grundfreibetrag wird in zwei Schritten angehoben: Ab dem 1. Januar 2013 wird er rückwirkend um 126 Euro auf 8.130 Euro erhöht. Ab dem Jahr 2014 erfolgt dann eine weitere Erhöhung um 224 Euro auf 8.354 Euro. Der Eingangsteuersatz von 14 Prozent bleibt konstant. Der höhere Grundfreibetrag führt zusammen mit der verbesserten steuerlichen Absetzbarkeit der Rentenversicherungsbeiträge zu einer spürbaren Entlastung insbesondere von kleineren und mittleren Einkommen.

Das Reisekostenrecht wird ab dem Jahr 2014 einfacher zu handhaben sein. Davon werden rund 35 Millionen betroffene Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber gleichermaßen profitieren. Die Verbesserungen des Unternehmenssteuerrechts haben ebenfalls Zustimmung gefunden. Somit ist der Weg frei für die mittelstandsfreundliche Verdopplung des Verlustrücktrages und der Vereinfachung der Durchführung des Gewinnabführungsvertrags.

SPD blockiert Entlastung von Beziehern kleinerer und mittlerer Einkommen

Die weitergehende Entlastung der Steuerzahler durch den Abbau der kalten Progression wird von den SPD-geführten Bundesländern blockiert. Dafür gibt es keinerlei Notwendigkeit oder Rechtfertigung. Dies bedeutet für viele Arbeitnehmer in Deutschland in diesem Jahr [Steuererhöhungen durch die Hintertür](#). [4]

Mietrecht gestärkt

Der Weg ist frei für Verbesserungen für Vermieter und Mieter, die durch das Mietrechtsänderungsgesetz geschaffen werden. Die Neuregelungen im Mietrecht schaffen Anreize für den Vermieter zur energetischen Sanierung, sie entlasten Mieter bei den Energiekosten, stärken die Position des Mieters bei der Umwandlung von Miete in Eigentum und schaffen Abhilfe gegen das sogenannte Mietnomadentum.

Lücken im Personenstandsgesetz geschlossen

„Ein neues Personenstandsrecht unterstützt nun auch Sternenkinder“, erklärte FDP-Rechtsexperte Manuel Höferlin. Totgeburten, die unter 500 Gramm wiegen, wurden bisher nicht im Personenstandsgesetz erfasst. Dadurch erhielten die Eltern keine Geburtsurkunde und konnten ihre sogenannten Sternenkinder nicht ordnungsgemäß bestatten. Auch die Situation von Inter- und Transsexuellen wird durch die Gesetzesnovelle verbessert.

Schutz vor Seuchen verbessert

Das Gesetz zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften und weitere Regelungen haben den Bundesrat passiert. "Das ist eine gute Nachricht. Jetzt können wir endlich die notwendigen Konsequenzen aus der EHEC-Krise ziehen", sagte Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr.

ISAF-Mandat verlängert

Der Bundestag hat der Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan für ein weiteres Jahr zugestimmt. Außenminister Guido Westerwelle begrüßte die Entscheidung. „Bis Ende 2014 werden wir die ISAF-Mission beenden.“ Klar sei aber, dass Deutschland Afghanistan auch nach 2014 nicht im Stich lasse.

Hintergrund: Bundesrat billigt 17 Gesetze

Der Bundesrat hat am Freitag den Weg für zahlreiche Gesetze frei gemacht. Sie können nun dem Bundespräsidenten zur Verkündung zugeleitet werden.

Die Länder akzeptierten unter anderem Verbesserungen der Patientenrechte, die Finanzierung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen, das neue Tierschutzgesetz und umfangreiche Änderungen im Mietrecht.

Zugestimmt hat der Bundesrat auch der Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags zur Sicherung des Existenzminimums, Regelungen zu den Entflechtungsmaßnahmen der Netzbetreiber im Energiewirtschaftsrecht und Änderungen zur Umsetzung Internationaler Gesundheitsvorschriften.

[Hier geht es zur Übersicht vom Bundesrat](#) [5]

Quell-URL:<https://www.liberales.de/content/fuer-sie-durchgesetzt#comment-0>

Links

[1] <http://www.fdp.de/Patienten-erhalten-mehr-Rechte/4184c17102i1p356/index.html> [2]

<http://www.fdp.de/Kindeswohl-im-Mittelpunkt/4181c17099i1p250/index.html> [3]

<http://www.fdp.de/Krebsregister-wird-beschlossen/4178c17092i1p356/index.html> [4]

<http://www.fdp.de/Mehr-zum-Thema/1384c405/index.html?id=18214&suche=Steuern> [5] http://www.bundesrat.de/cln_320/nn_2372724/DE/parlamentsmaterial/to-plenum/906-sitzung/to-node.html?_nnn=true